



ADI Akademie der
Immobilienwirtschaft

Wohnimmobilienmarkt gestern und heute - War früher alles besser ?

Whitepaper Stuttgart - 24. Januar 2024

Wohnimmobilienmarkt gestern und heute - War früher alles besser?

Gerne wird gefühlsmäßig die Vergangenheit in unserem Gedächtnis „glorifiziert“ und die Gegenwart eher „diffamiert“. Die nachfolgende Untersuchung nimmt als Basis für die statistische Datenerhebung die Jahre 1983 und 2023. Im Vordergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Waren die ökonomischen Rahmenbedingungen besser als heute?
2. War Wohnen in den 1983 Jahren günstiger als 2023?
3. War der Erwerb von Wohnungseigentum „schwerer“ bzw. weniger erschwinglicher als heute?
4. Was sind die wohnungspolitischen Parallelen bzw. Divergenzen?
5. Was hat sich seit in den letzten 40 Jahren geändert?

Waren die ökonomischen Rahmenbedingungen besser als heute?

Die ökonomischen Rahmenbedingungen lassen sich mit statistischen Daten beschreiben und vergleichen:

	1983	2023
Bevölkerung	---	84,8 Mio.
davon Westdeutschland	61,5 Mio.	72,3 Mio.
Inflationsrate	3,3 %	6,0 %
Hypothekenzinsen	9,0 %	3,2 %
Anzahl der Haushalte	---	41,9 Mio.
davon Westdeutschland	26,0 Mio.	33,0 Mio.
Mitglieder je Haushalt	2,5 Personen	1,95 Personen
Haushalt Nettoeinkommen-West (Median)	1.760,00 DM	
in Euro:	900,00	3. 830,00



Während die Inflationsrate 1983 deutlich niedriger war als 2023, ist das Hypothekenzinsniveau fast dreimal höher als heute. Nach dem Krisenjahr 1982 (BIP – 1,1%) erholte sich die Konjunktur 1983 (BIP + 2,1 %) sehr schnell. Mit der Wahl von Helmut Kohl 1982 änderte sich auch die Wirtschaftspolitik. Die eher keynesianische Wirtschaftspolitik von Helmut Schmidt wurde unter Kohl auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik umgestellt. Damit folgte die Bundesrepublik den USA (Reagonomics) und Großbritannien (Thatcherismus), die bereits mit ihrer Wirtschaftspolitik Erfolge vorweisen konnten.

Konsumquoten 1983 (91 %) und 2023 (93 %) sowie die Sparquoten mit 11,3 % sind fast unverändert hoch. Dagegen zeigt sich eine Verschiebung innerhalb der Konsumausgaben. Während die Ausgaben für Nahrungsmittel lediglich um 25 % gestiegen sind, beträgt die Zunahme der Konsumausgaben für Verkehr/Kommunikation + 62 %, für Freizeit/Reisen + 56 % und die Ausgaben für Gaststättenbesuche + 62 %. Die ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich kontinuierlich verbessert und das Wohlstandsniveau ist heute deutlich höher als das 1983.

Das ist mitunter ein Grund dafür, dass heute die „Krisensensibilität“ wesentlich höher ist als noch vor 40 Jahren, was sich mit einer Verhaltensanomalie erklären lässt. Menschen bewerten Risiken höher als Chancen (prospect theory), was heißt, dass ein Individuum mit steigendem Wohlstand auch mehr zu verlieren hat, d.h. umso höher der Wohlstand ist, umso mehr kann das einzelne Individuum „verlieren“ (Konsum, Luxus, Freizeit, Status usw.) und umso empfindlicher ist auch die Reaktion auf mögliche Bedrohungen, die zu Einschränkungen führen könnten. Deshalb wird eine Krise heute deutlich negativer empfunden als sie tatsächlich ist.



War Wohnen in 1983 günstiger als 2023?

Das Wohnen sowie die Eckdaten des jeweiligen Wohnungsmarktes lassen sich anhand der statistischen Daten wie folgt beschreiben und vergleichen:

	1983	2023
Wohnungsbestand	33,6 Mio.	43,8 Mio.
Anzahl der fertiggestellten Wohnungen	340.781	ca. 235.000
davon sozial gefördert:	115.000	ca. 27.000
Bestand an sozial geförderten Wohnungen:	3,1 Mio.	1,07 Mio.
Wohnfläche je Person (Bundesgebiet):		47,2 qm
Wohnfläche je Person -Westdeutschland	30,5 qm	48,1 qm
Anzahl der Haushalte	31 Mio.	42,5 Mio.
Durchschnittsmiete pro Haushalt	10,80 DM	
in Euro:	3,80	9,00
Sachsen-Anhalt:		6,00 €
Berlin:		15,00 €
Eigentumsquote (alte Bundesländer):	40,0 %	48,0 %
Eigentumsquote (Bundesgebiet)	---	42,0 %
Berlin:		16,0 %
Saarland:		60,1 %
Mietbelastung (Bruttokaltmiete):	16,4 %	27,9 %
Haushalte niedrigeren Nettoeinkommen	40,0 %	45,0 %
Haushalte höheren Nettoeinkommen	10,5 %	16,0 %



Nach 1977 stiegen die Wohnungspreise (als Folge des durch die Ölkrise ausgelösten Konjunkturabschwungs) wieder bis 1983 deutlich an. Danach erlebte der Wohnimmobilienmarkt seinen ersten spürbaren Abschwung bis 1988. Das zeigt auch die Entwicklung der fertiggestellten Wohnungen: waren es 1980 noch knapp 400 Tsd., so fiel die Zahl 1983 auf 340 Tsd. (Ausnahme war das Jahr 1984 mit 400 Tsd.), 1985 auf 312 Tsd. bis 1988 auf 207 Tsd.

In dieser Zeit fielen auch die Wohnpreise um bis zu 40 %. Auf sieben fette Jahre folgten vier magere Jahre. Politik als auch die Marktteilnehmer gingen damals davon aus, dass der Markt weitgehend gesättigt ist. Nachgefragt wurden von den 9 Millionen Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2.000 DM (1.023 €) überwiegend Wohnungen mit einer Bruttokaltmiete unter 600 DM (307 €).

Der Wohnungsmarkt war ein Mietermarkt. In einer Studie der Neue-Heimat-Tochtergesellschaft NWDS von 1982 wurde errechnet, dass die monatlichen Belastungen eines Wohnungseigentümers im Durchschnitt dreimal höher ist als die eines Mieters. Der Slogan damals hieß: „Wer rechnen kann, wohnt zur Miete“. Die „Schallgrenze“ lag bei Kaltmieten bei 6,50 DM/qm (3,32 €/qm), was dazu führte, dass viele Bauherren-Modelle mit kalkulierten Kaltmieten von bis zu 12 DM/qm (6,14 €/qm) und große Sozialwohnungen mit 7,50 DM/qm (3,83 €/qm) und mehr nicht mehr vermietet werden konnten.

Das damalige Bauministerium schätzte das 370.000 Wohnungen leer stehen (Der Spiegel, 18/1986, 27.4.1986). Auffällig ist auch der hohe Bestand an sozialgeförderten Wohnungen von knapp über 3 Millionen im Jahr 1983, was zusätzlich zu einer Entlastung des Wohnmietmarktes im unteren Einkommenssegment führte. Die Eigentumsquote hat sich in den letzten 40 Jahren um 8 Prozentpunkte auf 48 % in den alten Bundesländern verbessert, aber auf das Bundesgebiet umgerechnet sind es nur 42 %.



Ein weiterer Aspekt für die Haushalte, Wohnraum eher zu mieten als zu erwerben, waren auch die geringeren Nebenkosten. Heute ist die Mietbelastungsquote deutlich höher als 1983. So haben knapp 20 Millionen Hauptmieterhaushalte eine Belastungsquote von ihrem Nettoeinkommen von knapp 28 %, verglichen mit 16,4 % im Jahr 1983. Nach dem Schwabeschen Gesetz sinkt die Wohnkostenbelastung mit steigendem Einkommen. Während Haushalte mit höherem Einkommen Mietbelastungsquoten von 16 % (1983 sogar 10,5 %) haben, steigt die Quote bei niedrigem Einkommen auf 40 % und mehr. So haben heute ungefähr 16 % aller Haushalte eine Belastungsquote von mehr als 40 %. Gleichwohl differiert die Belastungsquote in den Bundesländern sehr stark; in den Ballungsräumen sind sie entsprechend am höchsten. Insgesamt fühlen sich immer mehr Haushalte in 2023 von den hohen Mietnebenkosten überlastet.

Um die Frage zu beantworten, ob Wohnen in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen 1983 günstiger war als 2023, ist die Antwort ja: die Wohnbelastung für die Haushalte 1983 war geringer als heute.

War der Erwerb von Wohnungseigentum „schwerer“ bzw. weniger erschwinglicher als heute?

Nach dem Erschwinglichkeitsindex sind die Voraussetzungen für den Eigentumserwerb heute deutlich besser als 1983, wenngleich in beiden Jahren - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - der Eigentumserwerb deutlich zurückgegangen ist. Eine Beispielrechnung zeigt den Unterschied:

Für einen rechnerischen Durchschnittshaushalt (Persona) wird die Anschaffung eines EFH-Reihenhauses jeweils in den Jahren 1983 und 2023 nachvollzogen. Unberücksichtigt bleiben die staatlichen Fördermöglichkeiten (Steuer-AfA, KfW-Kredite, Förderung der Bundesländer). Ebenso bleibt die Maklercourtage unberücksichtigt. Bei der monatlichen Berechnung der Annuität (Kapitaldienst) wird nicht von Sondertilgungen und einer Zinspreisbindung ausgegangen. In der Beispielsrechnung wird von Kaufpreisen in städtischen Gebieten ausgegangen.



Die Sparda-Studie ermittelte für 2023 einen durchschnittlichen Kaufpreis für ein Eigenheim von 388.000 €. 1983 lag der durchschnittliche Kaufpreis bei 310.000 DM (250.000 DM Gebäude und 60.000 DM Grundstück), d.h. 1983 betrug der Kaufpreis in Euro umgerechnet 158.500 Euro, aufgerundet 160.000 Euro.

Beispiel:	
Einfamilienhaus:	
(mittlerer Kaufpreis; 1983:	160.000,00
Grunderwerbsnebenkosten (ohne Makler):	4,5 %
Eigenkapitalanteil:	20 %
Kreditzinssatz	9,00 %
Laufzeit:	35 Jahre
<u>Rechnung:</u>	
Kaufpreis:	160.000,00
+ Kaufnebenkosten	7.200,00
Brutto-Kaufpreis	167.200,00
- EK	33.440,00
Finanzierungsbedarf	133.760,00
	(135.000,00)
Annuität in Euro:	1.237,00
Belastungsquote: $1.237 \times 100/900$	137,44 %

Beispiel:	
Einfamilienhaus	
mittlerer Kaufpreis; 2023:	470.000,00
Grunderwerbsnebenkosten (ohne Makler):	8,0 %
Eigenkapitalanteil:	20 %
Kreditzinssatz	3,50 %
Laufzeit:	35 Jahre
<u>Rechnung:</u>	
Kaufpreis:	470.000,00
+ Kaufnebenkosten	37.600,00
Brutto-Kaufpreis	507.600,00
- EK	101.520,00
Finanzierungsbedarf	406.080,00
	(400.000,00)
Annuität in Euro:	2.154,17
Belastungsquote: $2.154,17 \times 100/3.830$	= 56,2 %

Das Ergebnis zeigt, dass der Erwerb von Wohnungseigentum heute deutlich günstiger ist als 1983. Die Beispielrechnung zeigt, dass es für einen durchschnittlichen Haushalt 1983 nahezu unmöglich war, Wohnungseigentum zu erwerben. Auch wenn dazu im Vergleich im Jahre 2023 die Belastungsquote deutlich niedriger ist als 1983, so ist sie mit 56,2 % immer noch zu hoch.

Damit stellt sich die Frage, wie hoch muss das durchschnittliche Nettoeinkommen sein, um eine Belastungsquote von unter 40 % zu erreichen:

1983: 3.092 Euro; nur 39 % der Haushalte hat dieses Nettoeinkommen oder mehr

2023: 5.385 Euro; nur 25 % der Haushalte hat dieses Nettoeinkommen oder mehr.



Die Berechnungen der absoluten Werte haben eine bestimmte Fehlerquote, weil individuelle Umstände wie Fördermöglichkeiten, Erbschaften usw. unberücksichtigt bleiben, wenngleich dies für die Erklärung und Prognose des Eigentumserwerbs privater Haushalte eine untergeordnete Bedeutung hat. Die Analyse lässt folgende zentralen Aussagen zu:

1. Es ist richtig, dass heute die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Eigentumserwerb (Erschwinglichkeit) in Relation zu 1983 deutlich besser sind, was sich im Wesentlichen damit begründen lässt, dass die Einkommen der privaten Haushalte stärker als die Wohnungseigentumspreise gestiegen sind.
2. Für einen Durchschnittshaushalt ist der Eigentumserwerb 2023, wie auch 1983, kaum darstellbar, was auch die (relativ) starre Eigentumsquote zeigt. Eine Finanzierung von Wohnungseigentum allein aus dem Haushaltseinkommen ist 1983 wie 2023 nur für Haushalte mit einem überdurchschnittlichen bis hohem Einkommen möglich. Heute sind das weniger Haushalte als noch 1983, was auf eine stärkere Einkommensspreizung zurückzuführen ist.
3. Waren es 1983 die hohen Hypothekenzinsen, so sind es heute
-die hohen Kaufpreise bzw. die hohen Baukosten,
-die hohen Grundstückspreise,
-der gestiegene Eigenkapitalanteil im Finanzierungspaket und
-die hohen Kaufnebenkosten,
die heute einen erheblichen Kaufwiderstand leisten. Für einen durchschnittlichen Haushalte bleibt deshalb der Traum vom Eigenheim weiterhin ein Traum.
4. Im Gegensatz zu 1983 ist heute zu berücksichtigen, dass z.B. im Jahr 2022 ca. 150.000 Wohnimmobilien im Wert von 800 Mrd. Euro vererbt wurden, wobei die Gelderbschaften nicht berücksichtigt sind. Ein Haushalt mit mittlerem bzw. geringem Einkommen hat nur durch eine „Erbschaft“ oder „familiäre Finanzierungsunterstützung“ eine reelle Eigentumsperspektive.
5. Die Wohnungsknappheit und damit der Druck auf Mietpreise und Kaufpreise wird mindestens bis 2040 anhalten; es gibt bereits „Stimmen“, die von 2060 sprechen.



Was sind die wohnungspolitischen Parallelen bzw. Divergenzen zwischen 1983 und 2023?

Die 1. Hälfte der 1980er ging die Wohnungsnachfrage stark zurück, was als Marktsättigung insbesondere durch den Umstand mehrerer Tausend leerstehender Wohnungen verstanden wurde. In den ländlichen Regionen sowie in den städtischen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit konnten kaum Wohnungen wiedervermietet werden. Es wurde von einem Mietermarkt gesprochen. 1982 wurde das Baukindergeld eingeführt, was ein monetärer Anreiz für Bauherren mit Kindern zum Erwerb von Eigenheimen sein sollte. Trotz dieser und anderer Förderung schrumpfte die Zahl fertig gestellter Wohnungen kontinuierlich.

Der Staat zog sich dann angesichts der Marktsättigung mehr und mehr aus der Wohnungspolitik zurück und stellte ab 1986 die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ganz ein. Der Bund sah die Länder in der Pflicht, die sich aufgrund der knappen Haushalte und der Marktsättigung ebenfalls aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzogen. Damit wurde der Wohnungsmarkt von dem Regime der sozialen Förderung in das Regime der sozialen Marktwirtschaft überführt. Lediglich für einkommensschwache Haushalte wurde Wohngeld gezahlt.

Fortan schrumpfte der soziale Wohnungsbau kontinuierlich. Nach dem Dogma der damaligen Bundesregierung verhindert gerade die staatliche Lenkung und das Gemeinnützigkeitsprinzip der Wohnungsbaugesellschaften die privatwirtschaftliche Initiative, in den Wohnungsbau zu investieren. 1983 erklärte die Regierung, dass die Verantwortung für den Wohnungsbau wegen der knappen Haushaltsmittel nicht auf den Staat abgewälzt werden kann. Demzufolge richtete sich die Wohnungspolitik darauf, Anreize für das Finanzkapital zu setzen, in den Wohnungsbau zu investieren. Die SPD-FDP-Koalition hat diesen Prozess schon 1981 eingeleitet, indem der Darlehnszinssatz für Sozialwohnungen, die vor 1960 gebaut wurden, auf 8 % und für die zwischen 1960 und 1970 auf 6 % erhöht wurde.



1983 wünschten sich die damaligen Geburtenkohorte (Boomer, Generation Golf) zu über 80 % das „Häuschen im Grünen“, während bei den nachfolgenden Kohorten der Generationen X und Y dieser Wunsch abnimmt. Heute hat die Gesellschaft eine andere Haushaltsstruktur, andere Lebensschwerpunkte und ein anderes Familienbild als 1983, was die Nachfrage nach Wohnimmobilien (mieten oder kaufen) deutlich verändert hat. Gleichwohl steigt der Druck auf die Ballungsregionen in den nächsten Jahren (mit kurzen Unterbrechungen) stark an. Deutschland ist bereits eine urbane Gesellschaft und wird in den nächsten Jahren noch urbaner werden. Die urbanen Regionen bieten hochwertige Arbeitsplätze, die besten Ausbildungs- und Studiemöglichkeiten, Schul- und Weiterbildungsangebote, das umfangreichste Freizeit- und Kulturangebot, die beste Versorgung mit städtischen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung (Spitzenkliniken/ Krankenhäuser, Ärztedichte), Entertainment im öffentlichen Raum, Infrastruktur sowie soziale Interaktion und Kommunikation.

Der Wohnungsmarkt zeigt die Knappheit an Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäusern durch die steigenden Preise an. Kann der Markt diese Knappheit selbst nicht beseitigen, kommt es zum Marktversagen, was wiederum politisches Handeln erfordert. Heute wie morgen wird weder der Markt noch die Politik in der Lage sein, den Wohnraummangel zu beseitigen.

Die Zeitreihe der fertiggestellten Wohnungen des statistischen Bundesamtes zeigt, dass seit 1950 bis 2022 in Deutschland durchschnittlich 405.000 Wohnungen jährlich fertiggestellt wurden. Diese 400.000-Marke wird auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.



Einen wesentlichen Unterschied der Wohnungsbaupolitik zwischen 1983 und 2023 ist:

das wohnungspolitische Handeln 1983 hatte zum Ziel *bauen, bauen und nochmals bauen*;

das wohnungspolitische Handeln 2023 hat zum Ziel *regulieren, deckeln und steuern*.

Das Problem Wohnimmobilienmarkt ist und bleibt ein wirtschaftlicher und politischer „Problemfall“, dessen Lösung in weiter Ferne liegt. Daran ändern auch die im Jahr 2024 von der „Ampel“ beschlossenen 3 Mrd. € Fördergelder nichts.

Was hat sich in den letzten 40 Jahren geändert?

Der Wohnimmobilienmarkt kannte bis Ende der 1970er Jahre nur eine lineare Entwicklung nach oben: Bauen, bauen, bauen und wechselte dann zu Beginn der 1980er Jahre in eine zyklische Entwicklung. In den 1980er Jahren war der Wohnimmobilienmarkt ein Mieter- und Käufermarkt, wenngleich die ökonomischen Rahmenbedingungen durch massive Zinserhöhungen für private Haushalte erstmals den Eigentumserwerb erschwerten und die Bautätigkeit rückläufig war.

Es war auch die Phase, in der das Engagement des Staates in den sozialen Wohnungsbau zurückgefahren und in das Regime der Marktwirtschaft überführt wurde. Von da an ging auch der Bestand an sozialen Wohnungen bis heute um mehr als 2 Millionen auf rund 1 Million Wohneinheiten zurück. Für uns heute unvorstellbar, der Markt in den 1980er Jahren war gesättigt und ein Mieter- und Käufermarkt. Die Ende der 1980er Jahre nachlassende Bautätigkeit, ausgenommen die Jahre 1991-1998 hat heute fatale Auswirkungen.



Das zeigen die Baufertigstellungen im Zeitablauf:

- 1990: 224.000 WE
- 2001: 268.000 WE
- 2005: 206.000 WE
- 2009: 134.000 WE
- 2014: 209.000 WE
- 2019: 238.000 We

Ausgehend von einer Zielmarke von 350.000 – 400.000 WE ist diese Größe seit 1998 nie wieder erreicht worden, wengleich die Bevölkerung in den Alt-Bundesländern von 1991 bis 2022 um 10 % von 62 Millionen auf 68 Millionen gewachsen ist. Hinzukommen die Netto-Wanderungssalden aus dem Ausland, die 2015 mit 1,1 Millionen und 2022 mit 1,5 Millionen Personen ihre Spitzen hatten. Im Ergebnis ist die Nachfrage nach Wohnraum überproportional zu den Fertigstellungen an Wohnraum gestiegen, wodurch sich das Wohnungsdefizit in den Alt-Bundesländern kumulativ von weit mehr als 1 Millionen Wohnungen aufgebaut hat. Genau das zeigt sich heute in steigenden Wohn- und Mietpreisen und der Markt wird erst dann wieder in sein Gleichgewicht finden, wenn dieses Defizit abgebaut wurde.

Dieser Prozess hält unter Annahme einer gering bleibenden Bautätigkeit unterhalb von 400.000 Wohneinheiten mit hoher Wahrscheinlichkeit 20 bis 30 Jahre an. Ausgehend von einer hohen Zins- und Kostenelastizität der Baunachfrage wird sich kaum die Bautätigkeit vor 2027 erhöhen und das Defizit wird eher noch ansteigen als sich verringern. Hohe Miet- und Kaufpreise bzw. -niveaus werden für ein bis zwei Generationen die Realität des Wohnungsmarktes sein.



ADI AKADEMIE DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT

Die Akademie

Die ADI Akademie der Immobilienwirtschaft wurde 1998 gegründet. Mit über 25 Jahren Erfahrung in der berufsbegleitenden Weiterbildung ist die ADI der verlässliche Partner für Ihre Karriere in der Immobilienwirtschaft. Sie ist der größte Flächenanbieter in der immobilienwirtschaftlichen Weiterbildung in Deutschland.

Die führenden Unternehmen der Immobilienwirtschaft sind mit der ADI durch Ausbildung und Lehrauftrag verbunden. Die ADI Akademie der Immobilienwirtschaft ist eine kooperative Einrichtung mit der Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Stuttgart. Mit über 35.000 Studierenden ist diese eine der größten staatlichen Hochschulen in Deutschland und von der ZEvA systemakkreditiert.



Die ADI wird von lokalen Beiratsgremien bei der Weiterentwicklung der Studiengänge unterstützt. Ziel dabei ist, die ADI als offenes System zu gestalten und zu leben. Durch den regelmäßigen Kontakt zu „Außenstehenden“ in Schlüsselpositionen, sei es aus Praxis oder Wissenschaft, ist der Studienbetrieb transparent und unterliegt der laufenden Kontrolle sowie der aktuellen Anpassung der Ausrichtung an die Veränderungen in Theorie und Praxis.



"Exzellenzpartner für lebenslanges Lernen in der Immobilienwirtschaft!"

Prof. Dr. Hanspeter Gondring FRICS (Wissenschaftlicher Leiter)

Standorte, persönliche Betreuung & Netzwerk - ADI Campus

Die Studienstandorte der ADI befinden sich in den Stadtzentren von Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., München und Stuttgart. Die damit verbundenen Standortvorteile wie gute Erreichbarkeit, vielfältige Dienstleistungen und gastronomische Angebote in unmittelbarer Nähe sowie die modern eingerichteten und technisch gut ausgestatteten Vorlesungsräume werden von unseren Studierenden sehr geschätzt und machen das Studieren und Lernen leichter.

Die Studierenden werden vor Ort von unseren regionalen Akademiedirektoren/innen sowie Studienorganisatoren/innen betreut: persönlich und individuell. Die Akademiedirektoren/innen sind qualifizierte Fachkräfte aus der Immobilienwirtschaft, erfahren und bestens vernetzt.

An unseren Standorten sowie online finden regelmäßig Events im Rahmen unserer Netzwerkorganisation ADI Campus statt. Die Vision ist, unseren Studierenden und Alumni ein starkes Netzwerk als Fundament für ihre Karriere und ihren persönlichen Erfolg zu geben.



Weitere Informationen



Unter www.adi-akademie.de können Sie das umfassende Leistungsangebot der ADI abrufen. Dort finden Sie u.a.

- die detaillierten Studieninhalte,
- eine Übersicht unserer Dozierenden,
- Informationen zu Terminen und Gebühren,
- weitere Angebote wie Seminare, Inhouse-Schulungen.

ADI Akademie der Immobilienwirtschaft GmbH

Sitz der Gesellschaft: Zuckerrübenweg 17 • 70599 Stuttgart • E-Mail: info@adi-akademie.de • Internet: www.adi-akademie.de
Geschäftsführer: Prof. Dr. Hanspeter Gondring FRICS • Amtsgericht Stuttgart • Handelsregister B 20003 • USt-IdNr.: DE200391827

